

Weimarer Erklärung

***WIRTSCHAFTSPOLITIK,
ENERGIEPOLITIK UND KLIMAPOLITIK
ALS EINHEIT VERSTEHEN***

Beschluss des Bundesvorstandes der
CDU Deutschlands anlässlich der Klausurtagung
am 13. und 14. Januar 2023 in Weimar

Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Klimapolitik als Einheit verstehen

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Der Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht den Frieden und die Freiheit in ganz Europa. Die Folgen des Klimawandels und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gefährden den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung auch in Deutschland. Die CDU Deutschlands stellt sich diesen Herausforderungen und gibt Antworten, wie die Wirtschaftspolitik, die Energiepolitik und die Klimapolitik nicht als Gegensätze, sondern als Einheit verstanden und gestaltet werden können.

Grundlage und Kern unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist unsere Industrie mit ihren international tätigen Großunternehmen und mittelständischen Unternehmen, mit ihren Wertschöpfungsketten, Zulieferbetrieben und Dienstleistern. **Wir bekennen uns zu unserem Industriestandort** mit seinen Unternehmen und hochqualifizierten Mitarbeitern – **heute und in Zukunft.**

Für die CDU gehören die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen seit jeher zur politischen Grundüberzeugung. CDU-geführte Regierungen haben Meilensteine des Klimaschutzes wie das Pariser Abkommen, das Klimaschutzgesetz mit Klimaneutralität 2045 und die Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 bei einer Verdoppelung der Wirtschaftsleistung vorangebracht. Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales zusammenbringt, um international den 1,5-Grad-Pfad zu beschreiten. Wir wissen, dass eine starke Wirtschaft und nachhaltiger Klimaschutz keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen: **Ohne Klimaschutz kann unsere Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig bleiben, ohne wettbewerbsfähige Wirtschaft kann es aber auch keinen nachhaltigen Klimaschutz geben.** Dazu setzen wir auf den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt und die dynamischen Kräfte einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Im globalen Wettbewerb ist sie der Planwirtschaft autokratischer Systeme überlegen.

Die aktuelle Energiekrise verstärkt nicht nur den akuten Handlungsdruck. Sie ist **auch eine Chance, unsere Wirtschaft zu erneuern, unsere Industrie neu aufzustellen und unser Land klimaneutral zu machen.** Wir wollen Klimaschutz „Made in Germany“ zum **Exportschlager machen.** Klimaschutz wird so zum Erneuerungs- und Wachstumsmotor unserer Wirtschaft, zum weltweiten Gütesiegel und zum Garant für neue Arbeitsplätze, für Wohlstand und für soziale Sicherheit.

Deutschland kann es besser:
Wirtschaft stärken. Klima schützen. Arbeit schaffen.

1. **Deutschland kann Freiheit und Wettbewerb:** Wir setzen auf **Freiräume, Wettbewerb und marktwirtschaftliche Anreize** statt einseitig auf Verbote und übermäßige Regulierung.
2. **Deutschland kann Schnelligkeit:** Wir müssen **schneller und besser werden**. Mit weniger und einfacheren Vorschriften wollen wir die Bürokratiefesseln lösen, die der Wirtschaft und den Innovatoren in Deutschland bisher angelegt werden.
3. **Deutschland kann Fortschritt:** Ohne **Innovation und Technologie können wir die globale Erwärmung nicht bremsen**. Allein mit der Vermeidung von CO₂-Emissionen werden wir Klimaneutralität nicht erreichen. Für Klimaneutralität müssen Emissionen vermieden, aber auch abgeschieden, gespeichert und genutzt werden.
4. **Deutschland kann mehr Unabhängigkeit:** Wir brauchen wieder mehr technologische Souveränität.
5. **Deutschland kann ohne Ideologie: Sichere und bezahlbare Energie** ist die Grundlage für einen starken Wirtschafts- und Industriestandort. Das Energieangebot muss konsequent ausgeweitet werden. Deutschland muss wieder **öfter einsteigen statt immer nur auszusteigen**.
6. **Deutschland kann internationale Zusammenarbeit:** Klimaneutralität allein in Deutschland wird die globale Erwärmung nicht bremsen. Wir müssen **europäisch und global denken und handeln**. Alle Staaten sind dabei gefordert; unser Beitrag ist Klimaneutralität spätestens 2045.
7. **Deutschland kann Wachstum: Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen** sind die Grundlage für eine wirtschaftliche Erneuerung. Wir brauchen **bezahlbare Energie, wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, flexible Arbeitsmärkte und zusätzliche Fachkräfte** in allen Bereichen unserer Volkswirtschaft, auch in der öffentlichen Verwaltung.
8. **Deutschland kann Anpassung:** Wir müssen den menschengemachten Klimawandel bremsen und zugleich umfassende Maßnahmen ergreifen, um unser Land an klimatische Veränderungen anzupassen.

Im Einzelnen:

1. Deutschland kann Freiheit und Wettbewerb: Wir setzen auf Freiräume, Wettbewerb und marktwirtschaftliche Anreize statt einseitig auf Verbote und übermäßige Regulierung.

Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg ist unmittelbar mit der Entscheidung für die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die **Soziale Marktwirtschaft** verbunden. Wir gehen vom mündigen Bürger aus, der bereit und in der Lage ist, Verantwortung für sich selbst, seine Familie, seine Gemeinde und unser Land zu übernehmen. Wir sind fest überzeugt von der Schaffenskraft und der Kreativität eines jeden Einzelnen. Es hat sich deshalb als klug erwiesen, vor allem auf **Freiräume, Markt und Wettbewerb** zu setzen und nicht allein auf Verbote und Regulierung.

- Wir brauchen mehr Initiative, Gründergeist und den Willen anzupacken. Innovationen, Engagement und Leistung müssen sich lohnen.
- Wir setzen wieder verstärkt auf Soziale Marktwirtschaft und Eigenverantwortung.
- Deswegen setzen wir im Instrumentenmix weiter auf den Emissionshandel, den wir sektorübergreifend ausbauen und international ausweiten wollen, weil wir damit Emissionen ein Preisschild geben und Anreize für die Reduzierung von Emissionen setzen. Wir begrüßen den Durchbruch beim europäischen Emissionshandel und wollen darauf aufbauen.

2. Deutschland kann Schnelligkeit: Wir müssen schneller und besser werden.

Deutschland ist ein Land der Erfinder, der Ingenieure und der Tüftler. Die Innovationspotenziale unserer Wirtschaft und Forschung sind enorm. Es ist die Aufgabe eines modernen Staates, durch einfache und verständliche Regeln sowie durch kurze und effektive Planungs- und Genehmigungsverfahren dieses Potenzial zu fördern und zu unterstützen. EU-Regeln, Bundesgesetze und Regelungen der Bundesländer verknoten sich zu oft wie ein falsch aufgerolltes Wollknäuel.

Wir sind überzeugt: Mit weniger und einfacheren Vorschriften **lösen wir die Bürokratiefesseln**, die der Wirtschaft und den Innovatoren in Deutschland bisher angelegt werden. Und gerade in Krisenzeiten brauchen wir die Konzentration auf eine Gesetzgebung, die uns aus der Krise führt. Gut gemeinte, aber nicht unmittelbar notwendige Gesetzgebung, ist derzeit die Hauptursache für kostenintensive Bürokratielast. Wir brauchen ein Belastungsmoratorium für europäische und deutsche Gesetzgebung. Weiter braucht es Erprobungsräume für vereinfachte Regeln und Verfahren für Gebiete mit besonderem Nachholbedarf, insbesondere in den neuen Bundesländern.

- Die Menge an Vorschriften, Nachweispflichten und Verboten muss weniger werden. Wir setzen auf das Prinzip „One In, Two Out“: Wenn eine neue Regelung getroffen werden soll, müssen dafür konsequent an anderer Stelle zwei bestehende Regulierungen gestrichen werden.
- Wir packen den „Bürokratie-Besen“ aus: Vorschriften müssen systematisch darauf geprüft werden, ob sie noch notwendig sind, in die Zeit passen und ob der Erfüllungsaufwand im Verhältnis zum Nutzen steht. Was den Test nicht besteht, wird „rausgekehrt“.
- Neue Nachweispflichten, Antragsverfahren und sonstige Verwaltungsprozesse, sollen immer begleitet werden von bürokratiearmen digitalen Umsetzungslösungen.
- Wir brauchen eine moderne und leistungsfähige Verwaltung. Dazu werden wir moderne Management-Methoden auch in der öffentlichen Verwaltung einführen und unsere Behörden agiler machen.
- Der deutsche Normenkontrollrat muss die Zuständigkeit erhalten, auch die Umsetzung von EU-Vorgaben zu überprüfen und auf mögliche Abweichungen, die zusätzliche Lasten beinhalten, hinzuweisen.
- Wir brauchen einen anderen Geist: Nicht Regeln verändern die Wirklichkeit, sondern Problemlösungen. Im nächsten Koalitionsvertrag auf Bundesebene, den die CDU unterschreibt, wird die Hälfte aller vereinbarten Maßnahmen der Entlastung oder Vereinfachung dienen.
- Neben einer generellen Planungs- und Verfahrensbeschleunigung brauchen wir Sonderregelungen für Krisenfälle. Notsituationen verlangen schnelle Entscheidungen und erweiterte Entscheidungsbefugnisse und keinen Dienst nach Vorschrift.
- Wir brauchen Schutzzonen für Neugründungen von Unternehmen. Gründer sollen sich auf den Betrieb konzentrieren, nicht auf Bürokratie. Für die ersten zwei Jahre nach Gründung eines Unternehmens könnten deshalb bestimmte Regulierungen z. B. im Steuerrecht ausgesetzt bzw. Gründer von Sanktionen befreit werden.
- Wir brauchen schnelle und starke Gemeinden, Städte und Landkreise, besser ausgestattet, mit weniger Vorschriften und mehr eigenem Gestaltungsspielraum.

3. *Deutschland kann Fortschritt: Ohne Innovation und Technologie können wir die globale Erwärmung nicht bremsen. Allein mit der Vermeidung von CO₂-Emissionen werden wir Klimaneutralität nicht erreichen. Für Klimaneutralität müssen Emissionen vermieden, aber auch abgeschieden, gespeichert und genutzt werden.*

Mit der einseitigen Festlegung auf die Vermeidung von CO₂-Emissionen droht die Gefahr der Deindustrialisierung unseres Landes. **Die Lage ist zu ernst, um Technologien der Speicherung und der Wiederverwertung von CO₂ aus ideologischen Gründen abzulehnen.** Debatten um „Degrowth“, reine Verzichts- oder

Verbotsdebatten sind die Wegbereiter einer Deindustrialisierung unseres Landes mit Arbeitsplatzverlusten für Millionen Beschäftigte.

Wir sind überzeugt, dass der Schlüssel für mehr Klimaschutz viel stärker vor allem mit Innovationen und neuen Technologien gedacht werden muss. Ohne Innovationen und technischem Fortschritt werden wir eine nachhaltige Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik nicht erreichen. **Verzicht ist lokal, Innovationen sind global.** Anders als der eine Verzicht können neue Technologien entscheidend dazu beitragen, den Klimawandel in der ganzen Welt aufzuhalten. Gleichzeitig stärken Produktion und Export unseren Wohlstand.

- Wir wollen Technologieführer für innovative Lösungen werden und Klimaschutz „Made in Germany“ zum weltweiten Gütesiegel machen. Dazu brauchen wir ein strategisches Forschungsprogramm mit zusätzlichen Anstrengungen für Klima- und Energietechnologie.
- Schon heute gibt es gute Beispiele für Klimatechnologien, um CO₂ abzuscheiden, zu speichern und als Rohstoff zu nutzen (CCU, CCS, Direct Air Capture). Hierzu ist eine eigene Infrastruktur, wie Pipelines, erforderlich. Wir wollen eine echte CO₂-Kreislaufwirtschaft.
- Wir denken die Energiewende über den nationalen Tellerrand hinaus: Wir setzen mit einer großen Zahl von Energiepartnerschaften auf grüne Energie dort, wo Wind und Sonne in großer Menge vorhanden sind.
- Wir haben damit alle Potenziale, um ein echtes „Wasserstoffland“ zu werden. Dazu muss die Wasserstoffstrategie konsequent mit Erzeugung im Land und mit internationalen Partnerschaften, mit Anreizen und Infrastruktur vorangebracht werden. Blauer Wasserstoff aus Erdgas unter Nutzung von CCS ist hierbei ein Innovationsbeschleuniger für den schnellen Hochlauf. Wir brauchen ein flächendeckendes Wasserstoffnetz.
- Nur mit einem 360°-Blick auf CO₂-Vermeidung und CO₂-Verwertung können wir Klimaneutralität erreichen. Nicht Ideologen werden unser Klima retten, sondern Ingenieure.
- Wir sehen große Chancen in der Kombination aus Digitalisierung und Dekarbonisierung.
- Wir wollen eine technologieoffene Forschung. Was wir heute nicht erforschen, kann uns morgen nicht helfen, unsere Probleme zu lösen. Wir wollen unsere universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen besser nutzen, um technologieoffen an Energie- und Klimatechnologien zu forschen und den Transfer von der Forschung in die Anwendung zu verbessern.
- Wir wollen die künstliche Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung aufgeben und sprechen uns für eine Abschaffung von sog. Zivilklauseln an den Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus.

4. *Deutschland kann mehr Unabhängigkeit: Wir brauchen wieder mehr technologische Souveränität.*

Nicht nur in Bezug auf die Energieversorgung, auch technologisch sind wir heute hochgradig abhängig von anderen Ländern. Von den notwendigen Rohstoffen und seltenen Erden bis hin zu Halbleitern machen diese Abhängigkeiten unsere Wirtschaft angreifbar.

- Wir brauchen eine grundlegend neue Rohstoffstrategie, die unsere Abhängigkeiten reduziert.
- Technologische Souveränität bedeutet, selbst die Wahl zu haben, welche Technologien wir unter welchen Rahmenbedingungen einsetzen wollen. Das setzt voraus, dass wir in der Lage sind, Schlüsseltechnologien zu verstehen, herzustellen und weiterzuentwickeln. Wir müssen strategisch vorgehen und bei neuen Technologien früh investieren.
- Künstliche Intelligenz und Datenökonomie spielen eine zentrale Rolle in der nachhaltigen Wirtschaft von morgen. Sie ermöglichen Wachstum und Leistung jenseits des Verbrauchs endlicher Ressourcen.
- Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt und als integrierter Binnenmarkt brauchen wir europäische Lösungen.

5. *Deutschland kann ohne Ideologie: Sichere und bezahlbare Energie ist die Grundlage für einen starken Wirtschafts- und Industriestandort. Das Energieangebot muss konsequent ausgeweitet werden. Deutschland muss wieder öfter einsteigen, statt immer nur auszusteigen.*

In der aktuellen Energiekrise stellt die Bundesregierung weitgehend CO₂-neutrale Kernkraftwerke ab und holt CO₂-intensive Kohlekraftwerke zurück ans Netz. **Solche ideologiegetriebene Energiepolitik ist mehrfach fatal: fatal für unsere Versorgungssicherheit, fatal für die Verbraucher und fatal für das Klima.**

- Der Ausbau aller Erneuerbaren Energien muss beschleunigt werden. Dazu gehören Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie und Bioenergie sowie der beschleunigte Ausbau aller Netze und Speicher.
- Wir brauchen gerade in der jetzigen Situation eine Politik, die alle verfügbaren Energiequellen ans Netz bringt. Dazu gehört auch die Nutzung der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024. Dafür ist die sofortige Bestellung neuer Brennstäbe erforderlich, damit die Kraftwerke noch im kommenden Winter zur Versorgungssicherheit und Preisdämpfung beitragen können.
- Wir wollen, dass die Forschung an der Kernfusion verstärkt fortgesetzt wird und Deutschland dabei eine führende Rolle beibehält.
- Wir befürworten die Fortsetzung der Forschung und Entwicklung der Kernenergie der nächsten Generation.

- Wir verfolgen das Ziel einer möglichst unabhängigen Energieversorgung und wollen neue Abhängigkeiten vermeiden. Die Nutzung eigener Energiequellen, wie etwa heimischer Gasvorkommen, sollten wir vorurteilsfrei und mit sorgfältiger Risikoabwägung prüfen.
- Unsere Energieversorgung ist schon heute keine nationale Angelegenheit mehr. Wir müssen dabei noch stärker europäisch denken und den Energie-Binnenmarkt stärken.
- Entscheidende Weichen der Energiewende stellt die Europäische Union. Hier blockieren ideologische Vorbehalte der Ampel schnelle und technologieoffene Lösungen im Rat. Wir fordern beispielsweise das Europäische Parlament auf, das von der Ampel im Rat unterstützte Verbrennerverbot in der Endabstimmung abzulehnen.

6. *Deutschland kann internationale Zusammenarbeit: Klimaneutralität allein in Deutschland wird die globale Erwärmung nicht bremsen. Wir müssen global denken und handeln. Alle Staaten sind dabei gefordert; unser Beitrag ist Klimaneutralität spätestens 2045.*

Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht an unseren Grenzen halt machen. Denn für den Schutz des Klimas bringt es nichts, wenn die Emissionen an einem Ort verringert werden, während sie an anderen Orten ansteigen. **Wir stehen für die globale Lösung eines globalen Problems.**

- Der EU-Emissionshandel muss schrittweise für alle Sektoren übergreifend das zentrale Klimaschutzinstrument sein. Damit wird Klimaschutz nach Effizienz betrieben.
- Wir brauchen einen globalen CO₂-Emissionshandel als das zentrale Instrument einer marktwirtschaftlich orientierten Klimaschutzpolitik statt planwirtschaftlicher Vorgaben.
- Deutsche und europäische Klimatechnologie kann weltweit dazu beitragen, dass CO₂ dort eingespart wird, wo es anfällt. Wir wollen dort in den Klimaschutz investieren, wo er die größte Wirkung für das Weltklima entfaltet. So können wir mit jedem eingesetzten Euro mehr fürs Klima erreichen. Dazu wollen wir entsprechende Exporte unterstützen. Wir füllen die Anrechnung von Klimaschutzleistungen im Ausland gemäß dem Pariser Klimaübereinkommen mit Leben.
- Als Zwischenschritt zu einer global abgestimmten Klimaschutzpolitik wollen wir uns für mehr Klimaschutz auf EU-Ebene und im Rahmen unserer Handelsabkommen einsetzen. Die Handelsabkommen „CETA“ und „Mercosur“ bilden hierfür bereits eine gute Grundlage.
- Wir wollen die Länder besonders unterstützen, die ambitionierten Klimaschutz in ihren Lieferketten verankert haben.

- Mehr Klimaschutz darf nicht zu einem Standortnachteil werden. Dazu brauchen wir einen WTO-konformen und unbürokratischen CO₂-Grenzausgleich. Nur so können Wettbewerbsverzerrungen im Handel mit anderen Staaten sowie Standortverlagerungen von Unternehmen vermieden werden.

7. Deutschland kann Wachstum: Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind Grundlage für die wirtschaftliche Erneuerung: Wir brauchen bezahlbare Energie, wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, flexible Arbeitsmärkte sowie zusätzliche Fachkräfte in allen Bereichen unserer Volkswirtschaft, auch in der öffentlichen Verwaltung. Und wir müssen den Freihandel und die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft gezielt stärken.

Von entscheidender Bedeutung für Unternehmen und Betriebe sind gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. **Unternehmen brauchen Freiräume, um Klimainnovationen zu schaffen.** Es muss sich lohnen, zu investieren, damit Unternehmer ins Risiko gehen.

Dazu gehören:

- wettbewerbsfähige Energiekosten;
- eine im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Besteuerung;
- ein deutlicher, durchgreifender und spürbarer Abbau unserer überbordenden Bürokratie;
- verlässliche Anreize für Investitionen der Unternehmen in Klimatechnologie, zum Beispiel durch Turboabschreibungen;
- beschleunigte Genehmigungsverfahren bei allen Bau- und Infrastrukturvorhaben, nicht nur bei Wind und Sonne;
- Verlässlichkeit beim Strukturwandel: Die zugesagten Großprojekte des Bundes, wie der Bau neuer Großforschungseinrichtungen, der Ausbau des Fraunhofer-Standorts in Leuna (Wasserstoffverbundregion Leuna-Bitterfeld-Thüringen) oder der Ausbau der Zugverbindungen, insbesondere zwischen Leipzig und Chemnitz (Mitte-Deutschland-Verbindung) oder Berlin und Görlitz, müssen mit mehr Geschwindigkeit vorangebracht werden.
- Bei Ersatzneubauten, Erweiterungen und unwesentlichen Änderungen wollen wir das Planfeststellungsverfahren durch das einfache Anzeigeverfahren ersetzen.
- Auf europäischer Ebene brauchen wir eine Initiative für ein modernes Umweltrecht, das moderne Infrastruktur ermöglicht.
- Wir brauchen eine neue internationale Freihandelsoffensive, die mit marktwirtschaftlich ausgerichteten Partnern die wirtschaftliche Zusammenarbeit erleichtert und damit Rohstoff- und Absatzmärkte sichert und vergrößert.
- Und wir brauchen mehr Fach- und Arbeitskräfte. Wir setzen uns ein für bessere berufliche Bildung und Qualifikation, die ausländischen Fachkräften den Zugang zu unserem Arbeitsmarkt erleichtern, für Teil- und Nachqualifizierungen und für

eine erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Wir brauchen auch in den Klimatechnologien dringend Fachkräfte, die unsere Anlagen bauen, Kabel verlegen, Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen installieren. Eine Klimatechnologie, die nicht installiert wird, spart kein Gramm CO₂ ein. Qualifizierte Arbeitskräfte retten das Klima, nicht militante Klimaaktivisten.

8. *Deutschland kann Anpassung: Wir müssen den menschengemachten Klimawandel bremsen und zugleich umfassende Maßnahmen ergreifen, um unser Land an klimatische Veränderungen anzupassen.*

Die Folgen der klimatischen Veränderungen sind in den vergangenen Jahren auf dramatische Art und Weise deutlich geworden: Starkregen und Überschwemmungen auf der einen Seite, Dürre und Wassermangel auf der anderen Seite sowie neue Höchsttemperaturen und Waldbrände in Deutschland. **Für die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels müssen wir eine Resilienzstrategie entwickeln.**

Wir wollen:

- die unter den unionsgeführten Bundesregierungen konsequent in Angriff genommene Wiederaufforstung von Schadflächen und den Umbau zu einem klimaresistenten Wald weiter fördern. Rund sieben Prozent aller Emissionen jährlich werden vom deutschen Wald der Atmosphäre entzogen. Wir brauchen den Wald als natürlichen Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel;
- die Renaturierung von Mooren als wichtige CO₂-Speicher vorantreiben;
- den Moorbodenschutz durch Anreize und neue Nutzungsmöglichkeiten fördern;
- Möglichkeiten der Wasserspeicherung entwickeln, die Regenwasser und gereinigtes Abwasser auffangen und speichern, um bei Wasserknappheit entsprechende Mengen einzuspeisen und sie zum Beispiel in der Landwirtschaft zu nutzen;
- Hauseigentümer und Mittelstand für bauliche Maßnahmen, wie Entsiegelungsmaßnahmen, befähigen;
- Maßnahmen zur Begrünung von Städten, Dächern und Fassaden besser fördern;
- neue Züchtungsmethoden für Pflanzen unterstützen und auf europäischer Ebene für eine grundsätzliche Überarbeitung des EU-Gentechnikrechts eintreten und das deutsche Gentechnikrecht anpassen.

Unser Land ist geprägt von Menschen mit kreativem Erfindergeist. Unser Land lebt von der Industrie und seiner Ingenieurskunst, von Millionen Menschen, die jeden Tag in den Unternehmen und Verwaltungen arbeiten und anpacken. Wir wollen dieses Potenzial für ein klimaneutrales Wohlstandsversprechen im Interesse unseres Landes nutzen. Unser Land hat dafür die besten Voraussetzungen. Die

marktwirtschaftliche Ordnung und ein gut gesetzter staatlicher Ordnungsrahmen können auch diese Herausforderungen bestehen.

Deutschland kann es besser!

Weimar, den 14. Januar 2023